



Tim Weitzel:

Das Thema Kolonialismus im Freiburger Reichstagswahlkampf 1906/1907

Zuerst veröffentlicht: 26.6.2022

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Methode	2
3. Hintergründe	3
3.1. Krieg in Deutsch-Südwestafrika	3
3.2. Kolonialskandale	4
3.3. Kolonialer Nachtragsetat	5
4. Freiburger Presse und koloniale Berichterstattung	7
5. Reaktionen auf die Reichstagsauflösung in der Freiburger Presse	8
6. Wahlrecht und -formalia	10
7. Wahlkampf	10
7.1. Liberale	11
7.2. Zentrum	12
7.3. Sozialdemokraten	14
7.4. Fehrenbach vs. Fabricius	16
8. Haupt- und Stichwahlen	22
9. Fazit	24
Quellen	27
Literatur	29

1. Einleitung

Im Dezember 1906 ließ Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow, gestützt auf eine Verordnung von Kaiser Wilhelm II., den Deutschen Reichstag auflösen. Zuvor hatte eine Mehrheit u.a. aus Zentrum und Sozialdemokraten den von der Regierung eingebrachten kolonialen Nachtragsetat abgelehnt.

In dieser Arbeit wird betrachtet, wie sich der folgende Wahlkampf in Freiburg bzw. dem 5. badischen Wahlkreis gestaltete. Der Fokus liegt dabei auf dem Wahlkampfthema Kolonialismus, welcher zwar, wie später noch gezeigt wird, eine bedeutende Rolle im Wahlkampf spielte, aber auch von anderen Themen wie z.B. Steuergesetzgebung, Volks- und Wahlrecht oder Beamtengehältern begleitet und teilweise überlagert wurde.

Nach methodischen Hinweisen (2. Kapitel) werden zunächst die Hintergründe der Neuwahlen (3.) sowie die Freiburger Presselandschaft (4. & 5.) und formelle Umstände der Wahl (6.) untersucht. Im Anschluss werden die verschiedenen Parteien vor- und eine prominente Wahlkampfdebatte zum Kolonialismus beispielhaft genauer dargestellt (7.). Die Wahlen und ihre Ergebnisse werden im 8. Kapitel behandelt.

2. Methode

Für diese Arbeit wurde die Freiburger Presseberichterstattung im Zeitraum vom 13. Dezember 1906 bis zum 6. Februar 1907 ausgewertet. Untersucht wurden die *Freiburger* und die *Breisgauer Zeitung* für das nationalliberale und konservative sowie der *Freiburger Bote* für das katholische Milieu. Da der *Freiburger Bote* nur für das Jahr 1907 vorlag, erfolgte für den Zeitraum Dezember 1906 ersatzweise die Auswertung des *Badischen Beobachters* aus Karlsruhe, der jedoch weniger intensiv über den Freiburger Wahlkampf berichtete. Im Untersuchungszeitraum gab es keine Zeitung aus dem sozialdemokratischen Milieu in Freiburg. Deshalb wurde mit dem *Volksfreund* ein weiteres Karlsruher Blatt herangezogen, das den Wahlbezirk Freiburg zumindest teilweise berücksichtigte.

Zur Wahlkampfagitation der Parteien wurden die auf der Seite von *freiburg-postkolonial.de* verfügbaren Flugblätter aus der Sammlung des Stadtarchivs Freiburg zu den Reichstagswahlen einbezogen. Daneben wurde eine Recherche im Staatsarchiv durchgeführt, die jedoch ergebnislos verlief; vorhanden waren dort hauptsächlich Dokumente zur Reichstagswahl 1903¹.

¹ Durchgesehen wurden die Akten: StAF - B 717/2 Nr. 6639; StAF - B 698/5 Nr. 188; StAF - B 750/14 Nr. 855; StAF - W 100/1 Nr. 145 (vollständige Angaben im Quellenverzeichnis).

Die Primärquellen wurden ergänzt durch Sekundärliteratur zum allgemeinpolitischen Rahmen in Freiburg und zu den Hintergründen auf Reichsebene. Insbesondere „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich“ von Sobich dient zur kritischen Einordnung, da gerade bei älteren Quellen der Kolonialismus und konkret der Krieg in Südwestafrika noch weitgehend unkritisch betrachtet wurden².

3. Hintergründe

Den Neuwahlen waren der Krieg im „Schutzgebiet“ Deutsch-Südwestafrika, die – u.a. durch Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokraten erfolgten – Veröffentlichungen von Verbrechen und Grausamkeiten deutscher Soldaten und Kolonialbeamter sowie die Ablehnung des von der Regierung geforderten kolonialen Nachtragsetats vorangegangen, auf welche dann die Reichstagsauflösung folgte. Diese Hintergründe sollen in den folgenden Unterkapiteln genauer betrachtet werden.

3.1. Krieg in Deutsch-Südwestafrika

Nach Sobich war die Situation der Herero im Jahre 1904 Ursache des Krieges. Durch kolonialisatorische Landnahme, zunehmende Verschuldung bei ‚weißen‘ Händlern, rassistische Benachteiligungen durch die deutsche Gesetzgebung, geplante Einweisungen in Reservate sowie Forderungen der Otavi-Bahn-Gesellschaft nach Wasserrechten entlang ihrer Bahnlinie war die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung bedroht oder bereits zerstört worden (vgl. Sobich 2006: 50-53).

Dies führte im Januar 1904 zum Aufstand der Herero (vgl. ebd.: 54). Als Oberbefehlshaber auf deutscher Seite wurde im Mai des Jahres Generalleutnant Lothar von Trotha anstelle des Gouverneurs Theodor von Leutwein berufen. Er ließ nach der Schlacht am Waterberg im Sommer 1904 den Großteil der Herero in die Omaheke-Wüste treiben und dort zu erheblichen Teilen verdursten und verhungern. Auf diejenigen, welche versuchten die Wüste zu verlassen, wurde auf seine Anordnung hin geschossen (vgl. ebd.: 57f.; Zimmerer 2003: 51). Unter dem Eindruck dieser Vernichtungspolitik sowie zunehmender „Herrenmenschen-Allüren und Vernichtungsphantasien der deutschen Siedler gegen die gesamte ‚schwarze‘ Bevölkerung“

² Beispielsweise berichtet Schmid, dass „die Entwicklung eines Eingeborenenaufstandes (Aufstand der Hottentotten) in Deutschsüdwestafrika die Einbringung eines Nachtragshaushaltes erforderlich gemacht“ habe, Zentrum und Sozialdemokraten jedoch „drohten [...] die dringend erforderlichen Gelder nicht zu gewähren und die Reichsführung somit handlungsunfähig zu machen“ (Schmid 1989: 212).

(Sobich 2006: 64) erhoben sich im Oktober 1904 ebenfalls die Nama (damals abwertend als „Hottentotten“ bezeichnet) gegen die deutsche Kolonialherrschaft (vgl. ebd.: 63f.).

In der Folge kam es zu einer fortgesetzten massiven Vernichtung der einheimischen Bevölkerung. Ab November 1905 wurde – unter dem neuen Gouverneur Friedrich von Lindequist – ein Politikwechsel hin zu Überwachung, Enteignung und Arbeitszwang gegenüber der ‚schwarzen‘ Bevölkerung eingeleitet (vgl. ebd.: 66ff.). Aufgrund der veränderten militärischen Lage wurde der „Schießbefehl“ Trothas aufgehoben, die Vernichtungspolitik aber insbesondere in Sammel- und Konzentrationslagern fortgesetzt (vgl. Zimmerer 2003: 53ff.). Zwar gab es weiterhin einige Kämpfer gegen die Kolonialherrschaft, bis zur Reichstagsauflösung 1906 war der Aufstand aber weitgehend niedergeschlagen bzw. der Krieg beendet (vgl. Sobich 2006: 224).

Dies war auch im Deutschen Reich bekannt, wie zeitgenössische Aussagen zeigen. So betonte der Zentrumsführer Peter Spahn im Dezember 1906, dass lediglich 300 bewaffnete „Hottentotten“ einer 8.000 Mann starken Schutztruppe gegenüberstanden (vgl. Badischer Beobachter, 15.12.1906). Und auch die *Freiburger Zeitung* berichtete, dass sich Ende Dezember mit den Bondelzwarts die Mehrzahl der verbliebenen Kämpfer ergeben hatte und das Oberkommando der Schutztruppe in Südwafrika sich zuversichtlich zeigte, dass „nunmehr der Krieg rasch zu Ende gehen wird und die koloniasatorische Arbeit in den weiten von ihm berührten Gebieten wieder beginnen kann“ (28.12.1906).

Der Krieg, bzw. die Berichterstattung darüber, hatte in der deutschen Öffentlichkeit zu einer Bestialisierung der ‚Schwarzen‘³ und einer breiten Akzeptanz der betriebenen Vernichtungspolitik in Südwafrika geführt (vgl. Sobich 2006: 110f.). Zu großen Teilen befand sich die deutsche Bevölkerung „in einem Taumel aus Kriegsbegeisterung und Chauvinismus“ (v. d. Heyden 2007), unterstützt durch Propaganda u.a. von nationalistischen und kolonialistischen Organisationen (vgl. ebd.). Für die Regierung stellte das harte Durchgreifen in der Kolonie zudem einen Machtbeweis gegenüber anderen europäischen Ländern dar (vgl. Sobich 2006: 111).

3.2. Koloniasandale

Seit dem Jahr 1905 kam es verstärkt zu Meldungen über deutsche Beamte, welche ihre Stellungen in den Kolonien missbraucht hatten, um sich selbst zu bereichern, Einheimische zu misshandeln und sogar zu ermorden. Diese sogenannten Koloniasandale wurden laut Sobich von den zuständigen Stellen wie der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes

³ Hierbei gab es jedoch Differenzierungen in der Wahrnehmung, bspw. seitens des Zentrums, welches die geleistete Missionierungsarbeit bei den ‚Schwarzen‘ verteidigte (vgl. Sobich 2006: 111).

vertuscht und teilweise diejenigen disziplinarisch verfolgt, welche auf Missstände aufmerksam gemacht hatten (vgl. Sobich 2006: 225f.).

Zu den prominenteren Fällen gehörten z.B. in Kamerun die Verurteilung von 24 Häuptlingen zu Zwangsarbeit durch den Gouverneur Jesko von Puttkamer aufgrund ihrer (gerechtfertigten) Beschwerden über dessen Amtsführung (vgl. ebd.: 225) oder die Anordnung des stellvertretenden Gouverneurs Heinrich Leist, mehrere Frauen in Anwesenheit ihrer Männer auspeitschen zu lassen. Dies war, wie Sobich anmerkt, „selbst nach den recht drakonischen deutschen Kolonialgesetzen unzulässig“ (ebd.: 226). Und mit dem preußischen Landwirtschaftsminister Victor von Podbielski⁴, der durch Firmenbeteiligungen seiner Frau von überkauften Lieferverträgen des Kolonialamts mit privaten Firmen profitiert hatte, war auch ein Mitglied des Kabinetts direkt in die Kolonialskandale verwickelt (vgl. ebd.: 226f.).

Der Unwille der Verantwortlichen aus Regierung und Kolonialabteilung, diese Skandale konkret aufzuarbeiten und konstruktive Kritik anzunehmen (vgl. ebd.: 233), sowie die beständig hohen Kosten für den Krieg in Südwestafrika führten zunehmend zu Verwerfungen mit dem Zentrum (vgl. ebd.: 228). Hinzu kam, dass der Zentrumsabgeordnete Hermann Roeren bei dem Vermittlungsversuch zwischen der Kolonialverwaltung und der katholischen Mission in Togo versuchte, die parlamentarische Bedeutung seiner Partei in den Verhandlungen einzusetzen. Dies wurde von Deutsch-, Freikonservativen, Nationalliberalen und Antisemiten genutzt, um die Debatte auf eine angebliche „Nebenregierung“ des Zentrums zu lenken, während Zentrum, Sozialdemokraten und Freisinnige weiterhin die Kolonialskandale aufarbeiteten (vgl. ebd.: 235)⁵.

3.3. Kolonialer Nachtragsetat

Am 13. Dezember 1906 kam es im Reichstag zur Abstimmung über den von der Regierung geforderten kolonialen Nachtragsetat über 29 Millionen Mark für die Schutztruppe sowie den geplanten weiteren Eisenbahnbau (vgl. v. d. Heyden 2007). Dagegen standen ein Antrag des Zentrums und einer der Freisinnigen (vgl. Sobich 2006: 237). Der freisinnige Antrag, welcher von der Regierung als „annehmbar“ bezeichnet wurde (vgl. ebd.: 243), sah eine Reduzierung der Truppenstärke von 12.000 auf 8.000 Mann bis Ende 1907 vor, der Antrag des Zentrums

⁴ Auch Viktor geschrieben.

⁵ Erklärter Gegner dieser öffentlichen Aufarbeitung war u.a. der – ebenfalls von Kolonialskandalen belastete – Carl Peters (vgl. Sobich 2006: 226). Er berichtete, so der *Badische Beobachter*, einem Mitarbeiter der *Münchener Neuesten Nachrichten*: „In England würde auch der radikalste Vertreter einseitiger Arbeiter-Interessen so viel politischen Takt und Patriotismus besitzen, daß er sich scheuen würde, die schmutzige Wäsche seines Landes vor den Augen aller Kultur-Völker auszubreiten“ (15.12.1906; vgl. zu „mangelndem deutschen Nationalgefühl“ auch Sobich 2006: 174).

eine Reduzierung auf 2.500 Mann sowie eine Kürzung der geforderten Summe auf 20 Millionen Mark (vgl. ebd.: 237f.; v. d. Heyden 2007)⁶.

Das Zentrum war bezüglich des Umgangs mit der Kolonialpolitik gespalten. Scharfe Kolonialkritiker wie die Abgeordneten Hermann Roeren und Matthias Erzberger⁷ waren laut Sobich intern nicht unumstritten⁸ und viele Abgeordnete versuchten, einen Konflikt mit der Regierung zu vermeiden. Doch der fortgesetzte Unwille der Reichsleitung (siehe 3.2.), die Fehler der Kolonialpolitik öffentlich aufzuarbeiten⁹ hatte zu wachsenden Differenzen mit dem Zentrum geführt (vgl. Sobich 2006: 238f).

Wie Sobich darstellt, wäre ein Kompromiss mit dem Zentrum in späteren Lesungen der Anträge durchaus möglich gewesen. Jedoch war es im Interesse der Reichsleitung, „nicht den Eindruck im In- und Ausland entstehen [zu] lassen, die deutsche Weltmachtstellung sei nur ein Projekt einer kleinen Minderheit, die zufällig im Besitz der Staatsführung“ (ebd.: 238) und auf Kompromisse angewiesen war, um die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen (vgl. ebd.).

In der ersten Lesung wurden dann sowohl der Regierungsantrag als auch der aus Regierungssicht „annehmbare“ Antrag der Freisinnigen von der Reichstagsmehrheit abgelehnt. Das Zentrum stimmte u.a. zusammen mit den Sozialdemokraten, welche die derzeitige Kolonialpolitik als schädlich sowohl für die Kolonialiserten als auch die deutsche Bevölkerung ablehnten (vgl. ebd.: 239). Zudem wollten die beiden Parteien nicht zulassen, dass das Budgetrecht des Reichstages darauf reduziert wurde, die Forderungen der Regierung unhinterfragt zu bewilligen (vgl. v. d. Heyden 2007).

Reichskanzler von Bülow wählte dieses Mittel der schlagartigen Auflösung des Reichstages, ohne überhaupt den Versuch zu unternehmen, in folgenden Lesungen Kompromisse zu erwirken (vgl. Sobich 2006: 245). Stattdessen stellte wollte Bülow ein „kraftvolles Signal“ aussenden: Die Regierung stellte im folgenden Wahlkampf „die deutschen Kolonialinteressen in Südwestafrika als nationale Aufgabe, als Sache des Volkes“ (v. d. Heyden 2007) dar, um durch

⁶ Die *Osnabrücker Zeitung* merkte dazu an, dass sich die Regierung während der Kämpfe in Südwestafrika nie an Etatbeschränkungen gehalten hatte, weshalb die Kürzung des Zentrums theoretisch keine große Einschränkung bedeutete (vgl. Sobich 2006: 238).

⁷ Erzberger war laut Schmid „einer der Hauptakteure bei den Reichstagsdebatten, die schließlich zur Auflösung geführt hatten“ (Schmid 1989: 219). Auch Sobich betont die Bedeutung von Erzbergers öffentlichkeitswirksamer Publikation „Kolonialbilanz“ – in welcher jedoch keine Kritik an der Vernichtungspolitik von Trothas vorhanden war (vgl. Sobich 2006: 226).

⁸ Dafür wurde die Kritik Erzbergers an der Kolonialverwaltung von den Sozialdemokraten begrüßt (vgl. v. d. Heyden 2007).

⁹ Dies war im Kaiserreich auch darauf begründet, dass die Regierung sich einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung nicht sicher war und daher durch jede Form von Kritik ihre Legitimierung und die Stabilität des Reichs bedroht sah (vgl. Sobich 2006: 244f.).

die Neuwahlen die Möglichkeiten von Zentrum und Sozialdemokratie zur Einflussnahme auf die Kolonialpolitik einzuschränken (vgl. Sobich 2006: 243f.).

Auf die Seite der Regierung stellte sich der sogenannte „Bülow-Block“, eine Koalition bestehend aus allen größeren bürgerlichen Parteien (außer dem Zentrum), unterstützt von weiten Teilen der Presse sowie prokolonialen, imperialen und antisozialistischen Organisationen (vgl. ebd.: 250)¹⁰. Wie Sepaintner ausführt, hatte der daraus resultierende „Bülow-Wahlkampf“ zwei Stoßrichtungen: Erstens den Kampf gegen das „Joch“ des Zentrums sowie gegen die Sozialdemokratie und zweitens den Vorwurf gegen beide, die Ablehnung des Nachtragsetats sei ein Versagen bei nationalen Aufgaben gewesen (vgl. Sepaintner 1983: 161).

4. Freiburger Presse und koloniale Berichterstattung

Zur Untersuchung des Wahlkampfes in Freiburg soll in diesem Kapitel zunächst die Freiburger Presselandschaft 1906/07 und ihr Verhältnis zu kolonialen Themen vorgestellt werden.

Wie Wegmann ausführt, dominierte mit der *Freiburger Zeitung*, ergänzt durch die in dieser Frage inhaltlich ähnlich ausgerichtete konservativere *Breisgauer Zeitung*, im mehrheitlich katholischen Freiburg dennoch die nationalliberale Berichterstattung. Über die Kolonien wurde intensiv berichtet. Diese Berichte fielen praktisch durchweg prokolonial aus und es gab zudem personelle Überschneidungen mit kolonialen Organisationen (vgl. Wegmann 2018: 28f.). Für die Freiburger Bevölkerung waren die Kolonien „gedanklich gar nicht so weit weg, wie man es heute angesichts der damaligen Verkehrsverhältnisse, Medienentwicklung und noch geringeren Kenntnisse über die betreffenden Länder annehmen mag“ (ebd.: 29). Besonders intensiv war die koloniale Berichterstattung während der Kolonialkriege sowie insbesondere der hier untersuchten „Hottentottenwahlen“ (vgl. ebd.: 29f.).

Auch im katholischen Milieu gab es, wie Theisen darlegt, mit dem *Freiburger Boten* eine prokoloniale Zeitung. Dieser berichtete wohlwollend über koloniale Veranstaltungen und rief 1904 zu Spenden an die Deutschen in Südwestafrika auf. Lediglich bei der Beurteilung von begangenen Grausamkeiten der Deutschen distanzierte sich der *Freiburger Bote*, im Unterschied zur *Freiburger Zeitung*, zumindest im „Boxerkrieg“ (vgl. Theisen 2018b: 82f.).

¹⁰ Der „Bülow-Block“ war dabei keinesfalls ein homogener, widerspruchsfreier Zusammenschluss. Er hatte vielmehr den Charakter einer dynamischen Bewegung, in der sich verschiedene Akteure, angepornt durch nationalistischen und prokolonialen Enthusiasmus, zusammengetan hatten. Neben diesen Gemeinsamkeiten traten aber auch Anfeindungen untereinander auf (vgl. Sobich 2006: 260f.).

Eine sozialdemokratische Zeitung gab es in Freiburg vor 1911 nicht. Bis dahin wurde der *Volksfreund* von der Arbeiterschaft gelesen, welcher in Karlsruhe erschien und 1904 in Partei-besitz übergang (vgl. Theisen 2018a: 111). Dessen Stellung zum Kolonialismus beschreibt Theisen als schwankend (vgl. ebd. 113), zumindest während kolonialen Konflikten überwog die Kritik an der verursachten finanziellen Belastung und der Grausamkeit gegen die kolonisierte Bevölkerung (vgl. ebd.: 115f.). Rassistische Vorstellungen von Über- und Unterlegenheit waren aber auch in den Arbeiterzeitungen durchaus vertreten. Theisen merkt dazu an: „Den kolonisierten Völkern Kultur und Zivilisation zu bringen als Ziel der Kolonialpolitik – in diesem Punkt unterschied sich die Haltung der Arbeiter nicht von dem der übrigen Freiburger Bevölkerung, auch wenn die konkrete Umsetzung dieses Ziels bisweilen harsch kritisiert wurde“ (ebd.: 118).

Von der sozialdemokratischen Partei wurde der *Volksfreund* gezielt als Wahlkampfmaterial verwendet, d.h. zu Agitationszwecken weitergegeben (vgl. ebd.: 112). Zudem wurde hier auch zur Unterstützung des Wahlkampfes z.B. bei Verteilaktionen von Flugblättern aufgerufen (vgl. *Volksfreund*, 3.1.1907).



Aufruf für den *Volksfreund* in der Zeitung selbst,
20.12.1906)

5. Reaktionen auf die Reichstagsauflösung in der Freiburger Presse

Sowohl *Breisgauer* als auch *Freiburger Zeitung* berichteten weitestgehend im Sinne der von Sepaintner formulierten Stoßrichtungen des „Bülow-Wahlkampfes“ (siehe 3.3.): Die Haltung der Regierung wurde als notwendiger Widerstand gegen eine „Unterwerfung unter den Willen des Zentrums“ (*Freiburger Zeitung*, 15.12.1906) dargestellt. Die *Breisgauer Zeitung* attestierte, „daß es dem Zentrum stets und vor allem um seine konfessionellen Sonderinteressen“ gehe (14.12.1906). Während die Sozialdemokratie „stets mit offenem Visier gekämpft“ habe, sei die „selbstgefällig zur Schau getragene Pose“ des Zentrums als „Stütze von Thron und Altar“

(ebd.) unehrlich. Jetzt stehe es für die gesamte Bevölkerung sichtbar „auf einer Stufe mit der Sozialdemokratie“ (ebd.).

Am 5. Januar 1907 wurde in der *Freiburger Zeitung* ein Aufruf der Abteilung Freiburg der Deutschen Kolonialgesellschaft veröffentlicht, in welchem zwar keine Partei konkret angegriffen, die Ablehnung des Nachtragsetats jedoch scharf kritisiert wurde. Die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten habe „versagt, wo nationale Ehre und einfachste Pflicht [...] die einstimmige Annahme der Regierungsvorlage erheischte“ (5.1.1907). Bei kolonialen Themen gelte „das Vaterland, nicht die Partei“ (ebd.).

Zudem zitierte die *Freiburger Zeitung* ausführlich die *Karlsruher Zeitung*, welche betonte, dass die militärische Beurteilung der Lage dem Generalstab und der Regierung überlassen werden müsse, nicht dem Zentrum (vgl. 15.12.1906).

Der *Badische Beobachter* schrieb hingegen, wie auch der Abgeordnete Spahn deutlich gemacht habe, „daß das Zentrum nicht in die Kommandogewalt eingreifen wolle“ (14.12.1906). Zustimmend wurde die *Kölner Volkszeitung* zitiert, dass lediglich die bereits in Aussicht gestellte Reduzierung der Truppen nun ernsthaft gefordert worden sei und dass das deutsche Volk nicht nur zu entscheiden habe, ob „das Vorhandensein von ein paar hundert Räubern das Verweilen von 6000 oder 7000 Mann auf unabsehbare Zeit in Südwestafrika erfordert“ (ebd.), sondern auch, ob der Reichstag einfach alle Forderungen der Kommandogewalt bewilligen solle. Die Neuwahlen begrüßte der *Beobachter*, denn das Zentrum könne zuversichtlich sein (vgl. ebd.). Kritisiert wurde, dass ein Teil der liberalen Presse „Orgien des Hasses gegen das Zentrum“ (ebd., 15.12.1906) feiere und die Sozialdemokratie kaum erwähne.

Ebenfalls zuversichtlich zeigte sich der *Volksfreund*. Die Sozialdemokratie sei für die Neuwahlen gerüstet: „Gewinnen kann bei dem Kampf, der jetzt um die Kolonialpolitik ausgebrochen ist, nur die radikale Opposition, die das ganze korrupte System verwirft und damit der wahn-sinnigen Geldverschleuderung ein Ende machen will“ (14.12.1906). Zwar habe das Zentrum die Fehler der Kolonialpolitik erkannt, es trage jedoch durch seine vergangene Haltung eine Mitverantwortung dafür. Zudem sei die Kolonialfrage nicht das einzig relevante Thema im Wahlkampf: „Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher und gegen die ganze agrarische Politik wird eine mindestens ebenso große Rolle spielen, wie die Kolonialkorruption“ (ebd.). Entsprechend befassten sich auch mehrere der folgenden Artikel mit dem „Fleischwucher“ und der Agrarpolitik, womit der *Volksfreund* der Kolonialpolitik deutlich weniger Raum widmete als die anderen untersuchten Zeitungen.

6. Wahlrecht und -formalia

Wie Haumann und Schadek darlegen, wurde das Wahlrecht im Kaiserreich von verschiedenen Wahlformen geprägt: Während z.B. bei Kommunalwahlen noch das preußische Modell mit der Stimmgewichtung nach drei Steuerklassen galt, gab es bei den Reichstagswahlen – relativ gesehen – die meisten Beteiligungsrechte der Bevölkerung. Wählen durften über 25 Jahre alte Männer in direkter, allgemeiner, gleicher und geheimer Mehrheitswahl (vgl. Haumann / Schadek 2001: 227). Erreichte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, kam es zur Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen. Dies führte dazu, dass der Mandatsanteil nicht dem Stimmanteil einer Partei entsprach (vgl. Schmid 1989: 213).

Schmid ergänzt dazu:

Bemerkenswert war die Tatsache, daß beide Wahltermine Wochentage waren; dies stellte eine große Beeinträchtigung insbesondere für Arbeiter dar, deren Arbeitsplatz vom Wohnsitz weit entfernt war und die deswegen ihre Stimme nicht abgeben konnten. Häufig verhinderten auch die Arbeitgeber, daß Arbeiter ihren Arbeitsplatz zur Stimmabgabe verlassen durften. (ebd.: 213).

Zudem waren Sozialdemokratie und Linksliberale durch die ungleiche Größe der Wahlkreise benachteiligt. Schmid erläutert, dass in den größeren, städtischen Wahlkreisen, in welchen diese Parteien stark waren, die einzelnen Stimmen relativ gesehen weniger zählten und mehr Wähler für einen Wahlsieg mobilisiert werden mussten, als in den kleineren ländlichen Wahlkreisen – wovon wiederum das Zentrum profitierte (vgl. ebd.: 213).

7. Wahlkampf

In Freiburg bildete sich seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Drei-Blöcke-System, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalem Block (Freisinnige, Demokraten, Nationalliberale) (vgl. Haumann / Schadek 2001: 231)¹¹. Im 5. badischen Wahlkreis, zu welchem die Amtsbezirke Freiburg, Waldkirch und Emmendingen gehörten, traten zu den Reichstagswahlen 1907 Kandidaten für diese drei Blöcke an: für die Liberalen Dr. Rudolf Obkircher, für das Zentrum Carl Hauser¹² sowie Ernst Kräuter für die Sozialdemokraten. In diesem Kapitel werden die drei Blöcke vorgestellt. Anschließend wird mit der Debatte zwischen dem Zentrumsabgeordneten und späteren Reichskanzler Constantin Fehrenbach¹³ sowie dem Freiburger

¹¹ Wie Sepaintner ausführt, gab es jedoch auch politische Unterschiede und Streitfragen innerhalb der Blöcke, z.B. zu protektionistischen Maßnahmen in der Landwirtschaft (vgl. Sepaintner 1983: 163).

¹² Auch Karl geschrieben.

¹³ Auch Konstantin geschrieben.

Althistoriker und Unterstützer der Nationalliberalen, Professor Ernst Fabricius, beispielhaft einer der Höhepunkte des Wahlkampfes ausführlicher dargestellt.

7.1. Liberale

Bei einer Wahlkreis-Vertrauensmännerversammlung am 23. Dezember 1906 wurde Landgerichtsdirektor Dr. Rudolf Obkircher als liberaler Kandidat nominiert. Anwesend waren, nach Berichten der *Freiburger Zeitung*, neben Vertretern der verschiedenen liberalen Parteigruppierungen auch Vertreter der Konservativen, die in Freiburg nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die Nominierung stieß demnach auf allgemeine Zustimmung (vgl. 24.12.1906). Insofern hätte sich die Parteienkonstellation in Freiburg von anderen badischen Wahlkreisen unterschieden, in denen es laut Schmid ein Wahlbündnis der Konservativen mit dem Zentrum gab (vgl. Schmid 1989: 214).

Allerdings teilte Freiherr Otto von Stockhorn, der Vorsitzende des konservativen Vereins, bereits wenige Tage später mit, dass Obkircher nicht Kandidat der Konservativen sei (vgl. *Freiburger Zeitung*, 30.12.1906). Dazu kommentierte die *Freiburger Zeitung*, nach ihrer Kenntnis habe ein Vertreter der Konservativen bei der Vertrauensmännerversammlung dessen Nominierung ausdrücklich zugestimmt (vgl. ebd.). Später berichtete sie zudem, dass es in konservativen Kreisen – entgegen der Losung des Vereins – breite Unterstützung für Obkircher gebe (vgl. 10.1.1907). Die Ablehnung Obkirchers begründete Stockhorn nach Berichten der *Breisgauer Zeitung* damit, dass der liberale Block zu eng mit den Sozialdemokraten gearbeitet habe, was kein Konservativer unterstützen dürfe. In der Vertrauensmännerversammlung seien keine Konservativen im „Parteisinn“ zugegen gewesen (vgl. 19.1.1907)¹⁴.

Zu seiner ersten Rede als Kandidat wurde Obkircher als „Vorkämpfer gegen ultramontane Bestrebungen“ (*Freiburger Zeitung*, 31.12.1906) angekündigt. Er führte aus, sich im Landtag schon immer gegen das Zentrum gestellt zu haben und dies auch weiterhin tun zu wollen: „Die Entscheidung werde einmal fallen müssen, ob das Deutsche Reich unter den unheimlichen Druck einer undeutschen Macht unterjocht werden solle“ (ebd.)¹⁵. Daneben benannte er

¹⁴ Für die Reichstagswahlen 1912 stellte die konservative Reichsparteiliche Vereinigung in Freiburg mit Albert Schinzinger einen eigenen Kandidaten auf. Dies führte zu großer Entrüstung im liberalen Lager, da der „Renegat der nationalliberalen Partei“ (*Freiburger Zeitung*, 14.12.1911) chancenlos sei und so nur dem bürgerlichen Lager Stimmen entziehe. Es entwickelte sich eine veritable politische „Schlamm Schlacht“ mit Störungen von Veranstaltungen und Deklarationen in der Presse (siehe z.B. *Freiburger Zeitung*, 11., 13. und 27.12.1911; *Breisgauer Zeitung*, 18.12.1911).

¹⁵ Laut Sepaintner führte die Angst der Liberalen vor einem Bedeutungsverlust in Baden hier zu einer besonders scharfen Verurteilung des Zentrums (vgl. Sepaintner 1983: 160). Die Zentrumskritik überwog auch koloniale Themen, wobei diese aber regelmäßig wieder aufgegriffen wurden (vgl. ebd.: 162). Das

Zolltarife, Steuererhöhungen z.B. bei hohen Erbschaften, Förderung des Handelsverkehrs, Unterstützung von Invaliden und Erhaltung eines „kräftigen Bauernstandes“ als wichtige Themen für einen neuen Reichstag. In kolonialer Frage sei stets die „nationale Ehre“ zu schützen, aber auch auf Sparsamkeit zu achten (vgl. ebd.).

In einem liberalen Flugblatt an die Wähler des 5. badischen Wahlkreises wurde weiter ausgeführt, dass die entscheidende Stellung des Zentrums im Reichstag durch „maßlose, unter Mißbrauch der Religion betriebene Agitation“ (StadtAF - M31/1b Nr. 6) erreicht worden sei. Auch „die Ehre und das Ansehen des deutschen Reiches und die Fürsorge für unsere in Afrika kämpfenden Soldaten“ (ebd.) habe das Zentrum seinem Streben nach Einfluss untergeordnet. Besonders scharfe Kritik am Zentrum findet sich in einem anderen Flugblatt der Liberalen: Zitiert wurde dort u.a. aus dem Sylvesterbrief des Reichskanzlers Bülow an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, wobei jedoch hauptsächlich zentrumskritische Aussagen Bülows wiedergegeben wurden (vgl. StadtAF - M31/1b Nr. 13).

Neben Wahlversammlungen in Freiburg und den umliegenden Ortschaften sowie regelmäßigen Vereinsabenden im „Ganterbräu“, veranstalteten die Liberalen zwei große Versammlungen in der im Stadtgarten gelegenen städtischen Kunst- und Festhalle (vgl. Freiburger Zeitung, 31.12.1906, 3., 4. und 21.1.1907). Auf der ersten Versammlung hielt Obkircher seine erste Rede als Kandidat (s.o.) und Fabricius antwortete ausführlich auf die Ausführungen Fehrenbachs (siehe 7.4.).

Auf der abschließenden Wahlversammlung der Liberalen am 23. Januar 1907 in der Kunst- und Festhalle wurde betont, das Zentrum „stelle umständliche Berechnungen über die Rentabilität der Kolonien an“ (Freiburger Zeitung, 24.1.1907) und vertusche die eigenen Fehler. Obkircher bezeichnete sich selbst, nach einem entsprechenden Vorwurf des *Freiburger Boten*, als „Kulturkämpfer für die deutsche Kultur“ (ebd.). Fabricius hielt eine Rede mit dem Thema „Wahre und falsche Kolonialpolitik“, in der er die gestiegene Aufmerksamkeit für die Kolonien als Erfolg des Wahlkampfes wertete, ihre Bedeutung für den Anschluss an den Weltmarkt betonte und die „Kolonialstänkerei“ des Zentrums verurteilte (vgl. StadtAF - M31/1b Nr. 9).

7.2. Zentrum

Die Kandidatensuche des Zentrums gestaltete sich besonders langwierig. Der bisherige Abgeordnete Ludwig Marbe – welcher eine „[h]erausragende politische Persönlichkeit“ war und 1884 bis 1887 sowie 1890 bis 1907 das Reichstagsmandat hielt (Haumann / Schadek 2001:

bedeutete jedoch, wie Schmid betont, keine Schonung der SPD, denn „der Kampf gegen die Sozialdemokraten war mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden“ (Schmid 1989: 218).

230) – trat in dieser Wahl nicht erneut an (vgl. Freiburger Zeitung, 18.12.1906). Erst Ende Dezember stellte die Zentrumsparlei den Feinbäckermeister Carl Hauser auf (vgl. Freiburger Zeitung, 31.12.1906). Wie in einem Flugblatt des Zentrums betont wurde, sei Hauser ein Vertreter des Handwerks, an denen es im Reichstag mangle¹⁶. Er und das Zentrum seien Vertreter für die Interessen der „kleinen und schwachen im Volke“ (StadtAF - M31/1b Nr. 19).

Im Flugblatt wurde weiter ausgeführt, dass das Zentrum für eine „vernünftige“ Kolonialpolitik eintrete. Es bewillige alle nötigen Ausgaben, schütze aber auch die parlamentarischen Rechte vor „absolutistischen Neigungen“. Durch die Aufstände in Südwestafrika seien bereits Kosten von 400 Millionen Mark entstanden und weitere 200 Millionen Mark stünden bis April 1908 noch an. Dieses Geld fehle für wichtige Zwecke wie Kultur und Beamtengehälter. Daher, und in Anbetracht der Kapitulation der Bondelzwarts, habe das Zentrum die Situation richtig beurteilt. Der Nachtragsetat sei ohnehin nur ein Vorwand, um die Stellung des Zentrums zu schwächen und einen „gefügigeren“ Reichstag zu erhalten, „der alle [...] Anforderungen [der Regierung] für Heer und Marine, für Kolonien und Weltpolitik unbesehen bewilligt und sich zu jeder gewünschten Mehrbelastung der breiten Massen des Volkes herbeilässt“ (ebd.).

Auch in einem späteren Flugblatt zu den Stichwahlen wurde betont:

Unser Zentrum hat alles bewilligt, was für die Größe des Vaterlandes, die verständige Förderung unserer Kolonien und die Wehrkraft der Schutztruppe erforderlich war, hat aber dabei die Leistungsfähigkeit des Volkes und die Finanzkraft des Reiches nie außer Betracht gelassen (StadtAF - M31/1b Nr. 21).

Von einer „Nebenregierung“ könne keine Rede sein, denn – anders als die nationalliberale Partei – habe sich das Zentrum stets „selbstlos“ für das „Vaterland“ eingesetzt. Es habe „deutschnationale“ Politik betrieben, ohne dafür Gegenleistungen zu erwarten (vgl. StadtAF - M31/1b Nr. 19).

Wie die Liberalen veranstaltete das Zentrum, neben kleineren Wahlversammlungen, zwei große Veranstaltungen in der Kunst- und Festhalle (vgl. Freiburger Bote, 5.1.1907, Freiburger Zeitung, 29.12.1906 und 21.1.1907). Bei der ersten handelte es sich um einen Vortrag Fehrenbachs zur Kolonialpolitik (siehe 7.4.). Die zweite war die Abschlussversammlung am 24. Januar 1907, in der neben dem Kandidaten Hauser auch die Abgeordneten Fehrenbach und Erzberger als prominente Redner sprachen. Dies war der Höhepunkt im Freiburger Wahlkampf des Zentrums (vgl. Schmid 1989: 219).

¹⁶ Kritik äußerte der *Volksfreund*: Dem Handwerker Kräuter habe das Zentrum in vorangegangenen Wahlen in der Wiehre einen Professor vorgezogen und auch Hauser sei nur ein „Notbehelf“, da kein prominenter Zentrumsvertreter bereitstehe (vgl. 24.1.1907).

Die Zahl der Besucher*innen bei der Abschlussversammlung schätzte der *Freiburger Bote* – trotz Eintrittskosten von 10 Pfennig – auf 4.000 (vgl. 24.1.1907). Dort äußerte sich Hauser u.a. zur Bedeutung des freien und geheimen Wahlrechts, der Heimarbeit, der Beamtengehälter sowie der religiösen Freiheit und eben auch zur Kolonialpolitik. Das Zentrum habe „bei aller pflichtmäßiger Prüfung der Bedürfnisfrage jederzeit Alles bewilligt, was zur Sicherheit, zum Ansehen und zur Ehre des Vaterlandes notwendig war“ (Freiburger Bote, 25.1.1907) und werde dies auch weiterhin tun. Er hob besonders die Wichtigkeit einer Finanz- und Kolonialpolitik ohne beständige Neuverschuldung sowie die starken Etatüberschreitungen in Südwestafrika hervor.

Erzberger betonte, das Zentrum „treibe Kolonialpolitik aus religiösen, nationalen und volkswirtschaftlichen Gründen“, zentral sei jedoch „die Fürsorge für den schwarzen Eingeborenen“ (ebd.). Diesem Ideal entspreche die vom Reich betriebene Kolonialpolitik jedoch nicht¹⁷. Auch Fehrenbach ging auf die wegen Südwestafrika anfallenden Kosten ein und führte aus, dass die Größe der Schutztruppe aus finanziellen Gründen verringert werden müsse (vgl. ebd.).

7.3. Sozialdemokraten

Von den Sozialdemokraten wurde der Feilenhauer und Landtagsabgeordnete Ernst Kräuter nominiert (vgl. Freiburger Zeitung, 19.12.1906; Schröder o.J.)¹⁸. In einem Freiburger Flugblatt der SPD, das zu seiner Wahl aufrief, wurde die Unterstützung der Partei für eine Kolonialpolitik im „kulturellen Sinne“ angekündigt. Die derzeitige Kolonialpolitik wurde hingegen scharf verurteilt: Sie diene der Bereicherung einiger weniger Unternehmen, während die steuerliche Mehrbelastung aufgrund der Militär- und Kolonialausgaben bei den Arbeitern liege (vgl. StadtAF - M31/1b Nr. 15).

Daneben wurden Forderungen nach gleicher Wehrpflicht für alle, Aufhebung der Steuern auf Lebensmittel, Ausbau von Wahl-, Vereins-, Versammlungs-, Koalitions- und Arbeitsschutzgesetzen sowie höhere Leistungen für Invaliden als Themen der Sozialdemokraten genannt. Wer wolle, dass diese Forderungen „durchgeführt und die Rechte des Volkes erweitert und nicht etwa geschmälert werden, der darf nicht liberal wählen, sondern er muß für den sozialdemokratischen Kandidaten Ernst Kräuter in Freiburg stimmen“ (StadtAF - M31/1b Nr. 15).

¹⁷ Die, laut *Freiburger Bote*, von Erzberger daraufhin aufgezählten Kolonialskandale schlossen allerdings keine der in 3.2. dargestellten Grausamkeiten gegen die kolonialisierte Bevölkerung mit ein, sondern waren alle finanzieller Natur.

¹⁸ Kräuter war bereits in den beiden vorherigen Reichstagswahlen erfolglos angetreten (vgl. Schröder o.J.).

Die Auflösung des Reichstages bezeichnete der Karlsruher Landtagsabgeordnete Wilhelm Kolb auf einer Veranstaltung im Stadtteil Stühlinger als „die größte Dummheit der Regierung in den 36 Jahren seit Wiederbegründung des deutschen Reiches“ (Freiburger Zeitung, 22.12.1906). Die Auflösung sei erfolgt, da sich die Reichstagsmehrheit nicht bedingungslos der militärischen Kommandogewalt untergeordnet habe. Die Angriffe auf das Zentrum seitens der Regierung dürften jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich dabei um eine reaktionäre Partei handele. Auch die prokoloniale Haltung der Liberalen kritisierte er, da die Kolonien „keinen Schuß Pulver wert“ seien (ebd.). Zudem sei auch der Liberalismus noch zu reaktionär geprägt. Lediglich die Sozialdemokratie stand laut Kolb konsequent für ihre Grundsätze ein (vgl. ebd.).

Auch die Sozialdemokraten hielten eine große Abschlussversammlung in der Kunst- und Festhalle ab, bei der am 22. Januar 1907 nach Berichten der *Freiburger Zeitung* 2.000 Gäste anwesend waren, darunter besonders viele Vertreter des Zentrums (vgl. 23.1.1907).

Als erster Redner betonte der Rechtsanwalt Robert Grumbach¹⁹, dass das für die Kolonien geforderte Geld in Deutschland gebraucht werde. Die Proletarier hätten besonders unter den indirekten Steuern zu leiden: „Die Deutschen des Auslandes fänden mehr Schutz und Hilfe als die in der Heimat“ (ebd.). Auch der auswärtige Redner Adolf Geck, Chefredakteur der *Mannheimer Volksstimme*, sei „mit den Volksfeinden sehr scharf ins Gericht [gegangen] und charakterisierte mit feiner Ironie die Kolonialpolitik“ (Volksfreund, 24.1.1907). Das Zentrum habe den Nachtragsetat lediglich abgelehnt, um sich für bevorstehende Wahlen als „volksfreundlich“ zu inszenieren (vgl. Freiburg Zeitung, 23.1.1907). Die Sozialdemokratie hingegen strebe „wahre Kulturarbeit“ in den Kolonien an, „[d]er Kolonisor müsse als Freund, Erzieher und Beschützer zu unkultivierten Völkern kommen und sie dementsprechend behandeln“ (ebd.). Die Redner betonten zudem, dass die wichtigen Themen für die SPD die Steuer- und Sozialgesetzgebung sowie insbesondere der „Lebensmittelwucher“ seien (vgl. Volksfreund, 24.1.1907), die „Kolonialfrage spiele im Wahlkampfe eigentlich eine mehr nebensächliche Rolle“ (Freiburger Zeitung, 23.12.1907). Abschließend äußerte sich der Kandidat Kräuter mit einer „sehr scharfen Polemik gegen Liberale und Zentrum, einer kurzen Wiederholung der Forderungen der eigenen Partei und einem Appell zur Wahl im sozialdemokratischen Sinne“ (ebd.).

¹⁹ Stadtverordneter und Stadtrat für die SPD, der 1947 zum Ehrenbürger erklärt wurde (vgl. Sepaintner 2013)

7.4. Fehrenbach vs. Fabricius

Besondere Aufmerksamkeit erregte in der Freiburger Presse ein öffentlich geführter Schlagabtausch der prominenten Redner Constantin Fehrenbach²⁰ und Ernst Fabricius²¹. An aufeinanderfolgenden Tagen fanden am 28. Dezember 1906 zuerst eine Großveranstaltung des Zentrums und dann eine der Liberalen in der Kunst- und Festhalle statt.

Für das Zentrum sprach der Landtagsabgeordnete Fehrenbach, welcher in einem Vortrag ausführlich über das deutsche „Schutzgebiet“ Südwestafrika berichtete und darauf aufbauend die politischen Entscheidungen des Zentrums u.a. zum Nachtragsetat rechtfertigte.

Sein erklärtes Ziel war es, „über die obschwebenden Streitfragen recht ruhig und sachlich, möglichst wahrheitsgetreu“ (StadtAF - M31/1b Nr. 12²²) zu unterrichten. Es handle sich, so Fehrenbach, um einen Vortrag, nicht um eine Wahlkampfveranstaltung. Als Quellen bezog er sich u.a. auf Berichte des ehemaligen Gouverneurs Theodor Leutwein sowie – als taktischer Schachzug – des liberalen Reichstagsabgeordneten Johannes Semler.

Einleitend behandelte Fehrenbach die geographischen Gegebenheiten der Kolonie, mit besonderer Betonung des schwer erschließbaren Wüstengebietes. Die Bevölkerung lebe nomadisch, von einigen werde „Treue und Anhänglichkeit“ berichtet, während „die verschiedenen Sorten der Hottentotten, die Buschmänner, die ‚rote Nation‘, die Bondelzwarts und andere“ gefürchtet und „ein vollkommenes Diebesgesindel“ seien – aber auch „entschieden bildungsfähig“.

Wirtschaftliche Möglichkeiten gebe es in der Kolonie neben der Straußenzucht nur wenige und die Verkehrsinfrastruktur sei mangelhaft. Hier ging Fehrenbach auch auf die Reichstagsdebatte um die Bahnerweiterung Aus-Kubub-Keetmanshoop ein: Diese habe das Zentrum aus Mangel an konkreten Plänen und Kostenberechnungen nicht bewilligen können. Dennoch sei die Partei generell für den Bau von Bahnen und habe dazu auch schon vor der Reichstagsauflösung einen entsprechenden Entwurf vorgelegt.

²⁰ Fehrenbach war ein Vertreter des rechten Parteiflügels des Zentrums, der bis 1913 dem badischen Landtag angehörte und 1920/21 Reichskanzler in der Weimarer Republik war (vgl. Grebing 1961). Bei der Reichstagswahl 1907 trat er im 6. badischen Wahlkreis u.a. gegen den Sozialdemokraten Wilhelm Engler an (vgl. Schmid 1989: 216).

²¹ Wegmann beschreibt den Althistoriker, Limesforscher und Geheimrat Prof. Fabricius als Werber „für Kolonialpolitik im Allgemeinen und für den Genozid in Deutsch-Südwestafrika im Besonderen“ (Wegmann 2017), der sich in den Reichstagswahlen intensiv als nationalliberaler Redner betätigte und eine „regierungsfreundliche, exponiert prokoloniale und Prokriegs-Haltung“ (ebd.) einnahm.

²² Zu Wahlkampfzwecken veröffentlichte Druckausgabe der Rede. Alle folgenden Angaben stammen, sofern nicht anders angegeben, aus dieser Quelle.

Im Anschluss schilderte er die Geschichte der Kolonie mit besonderer Erwähnung Gouverneur Leutweins, dem es gelungen sei, sie bis ins Jahr 1904 nur mit einer kleinen Schutztruppe zu halten, indem er die einheimische Bevölkerung gegeneinander ausspielte. Aber gegen Ende des Jahres 1903 habe dann mit dem Aufstand der Bondelzwarts auch der „allgemeine Aufstand“ gegen die deutsche Kolonialherrschaft begonnen.

Auslöser hierfür war laut Fehrenbach der eskalierte Konflikt zwischen dem Distriktchef Walther Jobst und dem Kapitän Abraham Christian. Letzterer habe Vorladungen zur „Belehrung“ bzgl. eines gestohlenen Hammels seitens Jobsts nicht wahrgenommen. Jobst habe daraufhin versucht ihn zu verhaften, was zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führte, bei denen beide getötet wurden. Sie entfachten laut Fehrenbach den Aufstand, dem sich im Frühjahr 1904 auch die Herero anschlossen.

In den folgenden Jahren kam es zu einer Erhöhung der Truppenzahl auf 14. bis 15.000 Mann und daneben zu häufigen Kommandowechseln. Wie Fehrenbach ausführte, waren die schwersten Kämpfe gegen die „Hottentotten“ bis 1905/06 abgeschlossen und aufgrund der geringen Anzahl gegnerischer Gewehre im Feld könne von einem baldigen Kriegsende ausgegangen werden. Infolge der Aufstände seien die „Eingeborenen“, „die zur Bewirtschaftung des Landes unerlässlich notwendig sind“, stark dezimiert. An dieser Stelle lobte Fehrenbach die Arbeit der Missionare in den „Lokationen“ wo die eingesperrten Hereros „durch sorgfältige Verpflegung wieder auf einen ordentlichen Ernährungszustand gebracht“ würden.

Über die Zustände – zumindest in den staatlichen Lagern²³ – geben Sobich und Zimmerer ein völlig anderes Bild: Ziel der „sorgfältigen Verpflegung“ war die Arbeits- und Transportfähigkeit der Gefangenen, welche zur Zwangsarbeit genötigt wurden. Die Zustände in den Lagern selbst waren katastrophal und unmenschlich, die Gefangenen litten unter Nahrungs- und Kleidungs-mangel, drakonischen Strafen sowie Krankheiten wie Tuberkulose und Skorbut. Ungefähr die Hälfte der Gefangenen starb in den Lagern. Das war in Deutschland durchaus bekannt, u.a. durch die entsetzten Berichte von Missionaren (vgl. Sobich 2006: 65f; Zimmerer 2003: 57f.)²⁴.

Als der Reichstag im November 1906 in die Kolonialdebatte eintrat, war der Krieg laut Fehrenbach im Wesentlichen beendet. Deshalb habe das Zentrum den Antrag auf Reduzierung der Truppen gestellt. Anders als der Antrag der Freisinnigen Partei, habe es der Zentrumsantrag nicht bei einer allgemeinen Fassung belassen, sondern konkrete Zahlen benannt, wie Fehrenbach erläuterte. Die Rücksendung der Truppen hätte jedoch erst im Verlauf des Jahres 1907

²³ Zimmerer unterscheidet hier missionarisch geführte „Sammellager“ und staatliche „Konzentrationslager“ (vgl. Zimmerer 2003: 55).

²⁴ Siehe auch Zeller 2003 sowie Erichsen 2003 zu den Zuständen in den Konzentrationslagern in Swakopmund bzw. auf der Haifischinsel.

erfolgen müssen. Dass bis dahin die letzten Widerstände besiegt worden wären, sei für das Zentrum selbstverständlich gewesen.

Im abschließenden Teil seines Vortrags wandte sich Fehrenbach gegen Kritik am Zentrum. So habe der Abgeordnete Roeren nicht versucht, den Einfluss des Zentrums zu missbrauchen (siehe 3.2), sondern habe auf Wunsch des „Kolonialamtes“ (d.h., der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes) gehandelt und die Verhandlungen zwischen der katholischen Mission und dem Kolonialamt zu den Missständen in Togo geführt. Das Kolonialamt sei wie jede „schwache“ Regierungsinstitution in der Tat „gewissen Zuflüsterungen zugänglich“. Roeren habe jedoch – im Unterschied zu Abgeordneten anderer Parteien – uneigennützig gehandelt.

Die Vorwürfe der Deutschen Kolonialgesellschaft unter Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, die befürchtete, dass den deutschen Truppen „die Lorbeer des Sieges wieder entrissen“ werden sollte, seien aufgrund des geringen verbleibenden Widerstands nicht angebracht. Eine Truppenstärke von 2.500 Mann bei Ausbau der lokalen Polizeitruppe habe das Zentrum gefordert, da auch nach Aussagen hochrangiger Militär- und Regierungsvertreter eine stark verringerte Truppenpräsenz ausreiche, um die Kolonie zu sichern. Dies sei „die eigentliche Aufgabe der Volksvertretung, die Autorität der Regierung und ihrer Vertreter, auch der Militärs, zu prüfen, sie ihrer Kritik zu unterziehen und nach ihrer eigenen besten Ueberzeugung die Entscheidung zu treffen“. Und durch die Kapitulation der Bondelzwards sei die Haltung des Zentrums bestätigt worden, nicht die „Festigkeit der Regierung“.

Den im Wahlkampf oft formulierten Vorwurf vom „Eingriff in die Kommandogewalt“ lehnte Fehrenbach als Beleidigung der Parteien und des Parlaments ab. Er äußerte dazu:

Die Phrase von dem Eingriff in die Kommandogewalt etabliert den blinden Gehorsam auch des Parlaments gegenüber militärischen Forderungen der Regierung. Das heißt dem parlamentarischen Budgetrecht jede Bedeutung nehmen; das ist der Absolutismus.

Und wozu dieser Gehorsam führe, habe der „Gefreite von Köpenick“ gezeigt. Der Reichstag habe auch nicht versucht, in Kriegsangelegenheiten einzugreifen, sondern erst nach Beendigung des Krieges von seinem Budgetrecht Gebrauch gemacht, um die Etats u.a. der Schutztruppe zu bestimmen. Dies sei insbesondere aufgrund der hohen Kosten der Kolonie und zur Vermeidung neuer Steuern notwendig.

Die Kritik an den Kolonien bzw. der Kolonialpolitik sei zudem mit Patriotismus bestens vereinbar und kein Ausdruck an „Vaterlandslosigkeit“. Zwar ließe sich über die Sinnhaftigkeit des Kolonialerwerbs streiten, doch gehe es nun um die „nationale Ehre“. Deshalb und „unter dem Gesichtspunkte des Christentums, der Kultur und unserer wirtschaftlichen Entwicklung“ habe

das Zentrum die deutsche Kolonialpolitik unterstützt. Dies dürfe aber nicht auf Kosten des „Mutterlandes“ gehen.

Der abgelehnte Nachtragsetat bzw. die Kolonialfrage sei jedoch nur der „äußere Anlass“ für die Reichstagsauflösung, eigentlich gehe es um die „ausschlaggebende Stellung des Zentrums“, welche den „übrigen Parteien ein schweres Kreuz“ gewesen sei. Für die Kolonien wäre eine Einigung möglich und vorteilhafter gewesen, ohne den Reichstag aufzulösen, so zum Beispiel beim Eisenbahnbau Aus-Kubub-Keetmanshoop.

Am 30. Dezember berichtete die *Freiburger Zeitung* über den Vortrag, der demnach von rund 2.000 Teilnehmenden verfolgt wurde. Zunächst wurden die einleitenden Punkte Fehrenbachs kurz zusammengefasst. „Dann ging der Redner zu den Kolonialdebatten und den letzten Verhandlungen des Reichstages über, die zu dessen [sic] Auflösung geführt hatten. Er sprach nun als Parteimann und seine Ausführungen galten jetzt der Rechtfertigung der Haltung der Zentrumsparlei in der Kolonialpolitik“ (30.12.1906). In den folgenden Punkten wurden die Argumente Fehrenbachs zur Verteidigung des Zentrums und seine Kritik an der Regierung wiedergegeben. Der Vortrag sei unter „stürmischem Beifall“ beendet und die Versammlung mit „Hochrufen auf das freie deutsche Volk, das seine Rechte zu wahren wisse“ (ebd.) geschlossen worden.

Deutlich kritischer äußerte sich die *Breisgauer Zeitung*. Im ersten Teil des Vortrags habe Fehrenbach versucht, die Kolonie, abgesehen von einer „eigenartig“ betriebenen Viehzucht, als wertlos darzustellen. Er habe daher sogar Verständnis für die sozialdemokratische Ablehnung von Kolonien geäußert. Fehrenbachs Verteidigung von Roeren sei „aalglat“ und seine Anspielungen auf eine schwache Regierung „[e]twas zusammenhanglos, aber seiner ultramontanen Hörschaft doch sehr willkommen“ (29.12.1906). Alle Aussagen Fehrenbachs im „polemischen Teil der Rede“ (ebd.) seien altbekannt. „Ebensoviel Glaubwürdigkeit können gegenüber den Meinungen und Anschauungen der verehrlichen Zentrumsparlei auch der Große Generalstab und die verbündeten Regierungen für sich beanspruchen“ (ebd.). Die Leitung der liberalen Partei habe der Zeitung bereits angekündigt, dass eine „entsprechende Beleuchtung“ der Aussagen Fehrenbachs durch den Universitätsprofessor Fabricius erfolgen werde (vgl. ebd.).

Positiver, wenn auch kürzer, berichtete der *Badische Beobachter*. Auf eine ausführliche Wiedergabe des Vortrags werde aufgrund dessen baldigen Erscheinens als Broschüre verzichtet, auf diese werde jedoch bereits „zum Zwecke einer Massenverbreitung“ (29.12.1906) und als Grundlage der Wahlkampf-Agitation aufmerksam gemacht. Und anders als in der *Breisgauer Zeitung*, die von verhaltenem Applaus zu einer trockenen Rede schrieb, wurde hier von Beifall mit „[elemen]tärer Gewalt“ (ebd.) und einer großartigen rednerischen Leistung berichtet. Im *Freiburger Boten* vom 4. Januar 1907 wurde sogar die gesamte Rede abgedruckt.

Wirksamstes Material für die Wahlagitiation!

Die Rede des Abgeordneten Fehrenbach
über
Kolonialpolitik und Reichstaasanföhrung

Kann von und bezogen werden:	
1 Exemplar zu	5 Pf.
50 Exemplare zu	1,50 Mark
100 " "	2,50 "
500 " "	10,— "
1000 " "	14,— "

Abb.: Werbung für die Broschüre zu Fehrenbachs Rede im *Freiburger Boten* (4.1.1907)

Am 29. Dezember hielt Fabricius im Rahmen der Versammlung der liberalen Partei in der Kunst- und Festhalle seine bereits in der *Breisgauer Zeitung* angekündigte Antwortrede auf den Vortrag Fehrenbachs.

Fabricius „habe begrüßt, daß Herr Rechtsanwalt Fehrenbach am Abend vorher ein Bild der Vorgänge gegeben habe. F. sei aber über den eigentlichen Kampf sehr schnell hinweggegangen und habe doch die Kritik gegen die ganze Kampfweise gewendet“ (Freiburger Zeitung, 31.12.1906). So müsse bei der Betrachtung von Leutweins Vorgehen bedacht werden, dass die Aufstände während dessen Dienstzeit ausbrachen. „Die Politik des edlen Vertrauens sei also in schmachvoller Weise getäuscht worden“ (ebd.).

Anschließend schilderte Fabricius die verlustreichen Kämpfe gegen den „weit überlegenen Feind“ (ebd.) und erläuterte, dass die damalige Truppenstärke zu gering gewesen sei. Daher sei auch die Verstärkung der Truppen durch die Regierung notwendig gewesen. An dieser Stelle verwies Fabricius auf das vom Generalstab veröffentlichte Buch, in welchem von den „Leistungen“ der Truppen berichtet wurde (vgl. ebd.).

„Kolossale Opfer an Gut und Blut habe der Feldzug also gekostet“ (ebd.), welche auch auf die Ausgangssituation in der Kolonie zurückgingen: große Entfernungen, Transport- und Verpflegungsschwierigkeiten, etc. Daher koste jeder Mann 10.000 Mark jährlich. Abhilfe hätte laut Fabricius der Bau der Bahnlinie gebracht, die vom Zentrum mangels genauer Pläne abgelehnt

worden war. Darauf erwiderte er: „[I]st denn eine Bahn in Südwestafrika eine Straßenbahn nach Günterstal?“ (ebd.). Die Forderung, während des Krieges genaue Pläne vorzulegen, habe mit Sparsamkeit nichts zu tun, da in der Folge Millionenkosten entstanden seien und zudem die Kranken „nach wie vor auf Ochsenkarren, auf entsetzlichen Wegen, unter schrecklichen Qualen befördert“ (ebd.) werden müssten. Dafür sei das Zentrum verantwortlich (vgl. ebd.).

Und der „Roerensche Zwischenfall“ habe gezeigt, auf welchem Wege bestimmte Ziele erreicht werden sollten, weshalb die Regierung zum Handeln gezwungen gewesen sei. Das Volk wolle Freiheit „im Innern und nach außen“ (ebd.), während das Zentrum andere Ansichten unterdrücke. Daher rief Fabricius die übrigen Parteien auf, sich „unter dem Banner der Freiheit“ (ebd.) zu vereinen.

Darauf reagierte Fehrenbach wiederum in einer vom Zentrum verbreiteten Flugschrift. Er bestritt darin, dass er nicht genug auf Leutweins Rolle zu Beginn des Aufstandes eingegangen sei und verteidigte seine Kritik an der großen Truppenstärke mit Bezug auf den nationalliberalen Abgeordneten Semler, „der in dieser Sache ein viel kompetenteres Urteil“ (StadtAF - M31/1b Nr. 12) habe als Fabricius. Der Vorwurf von Fabricius, das Zentrum habe die Verzögerung des Bahnbaus zu verantworten, sei falsch und ohne Sachkenntnis. Zum einen sei der Bau einer Bahn in Südwestafrika nicht so einfach zu bewerkstelligen, zum anderen sei es die Entscheidung der Regierung gewesen, den Reichstag noch vor der Genehmigung des Bahnbaus aufzulösen (vgl. ebd.).

Seine Erwiderung schloss Fehrenbach mit scharfer Kritik an Fabricius und dessen „klangvollen, aber inhaltslosen Deklamationen“ (ebd.) und verlangte, dass dieser nun konsequenterweise die Schuld für die Qualen deutscher Soldaten bei der Regierung und den Nationalliberalen suchen solle (vgl. ebd.). Wer weiterhin das Zentrum verantwortlich mache, sei ein „Schwindler und Volksbetrüger“ (ebd.).

Am 4. Januar 1907 verfasste darauf Fabricius eine erneute Erwiderung, welche am 11. Januar 1907 von der *Breisgauer Zeitung* veröffentlicht wurde. Dort widersprach er der Ansicht, dass Fehrenbach ausreichende Kritik an Leutwein geübt habe und unterstellte ihm zudem, die Aussagen Semlers aus dem Kontext gerissen zu haben. Dieser habe seine Aussagen über eine mögliche Verringerung der Truppen an einen Fortschritt in der Bahnverbindung geknüpft, welcher auch bis Anfang 1907 möglich gewesen sei (vgl. 11.1.1907). Die Verantwortung dafür, dass dieser nicht geschehen sei, trage das Zentrum, da es die Genehmigung zuerst hinausgezögert und dann durch die Forderungen im Nachtragsetat „die Auflösung des Reichstags erzwungen“ (ebd.) habe. Diese Schuld könne das Zentrum nicht auf andere schieben und

Fabricius verbat sich, „in diesem Zusammenhang von Schwindlern und Volksbetrügern zu sprechen“ (ebd.).

Dazu behauptete die *Breisgauer Zeitung* ergänzend, dass der vom Zentrum abgedruckte Text nicht der tatsächlichen Rede Fehrenbachs entspreche, sondern an den von Fabricius kritisierten Punkten geschönt sei (vgl. ebd.).

Der *Volksfreund* kommentierte die Kontroverse nur kurz: Fabricius bemühe sich erfolglos, die „schwarze Wäsche der Kolonialpolitik reinzuwaschen“, denn „[a]uch ein Professor kann nicht aus schwarz weiß machen“ (3.1.1907).

8. Haupt- und Stichwahlen

In der Hauptwahl vom 25. Januar 1907 erreichte keiner der drei Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit²⁵. Mit 13.495 Stimmen wurde der Zentrumskandidat Hauser stärkster Kandidat. An zweiter Stelle stand der liberale Kandidat Obkircher mit 10.519 Stimmen. Der Sozialdemokrat Kräuter war mit 6.282 Stimmen Letztplatziertes und schied daher für die Stichwahl aus. Diese wurde für den 5. Februar angesetzt.

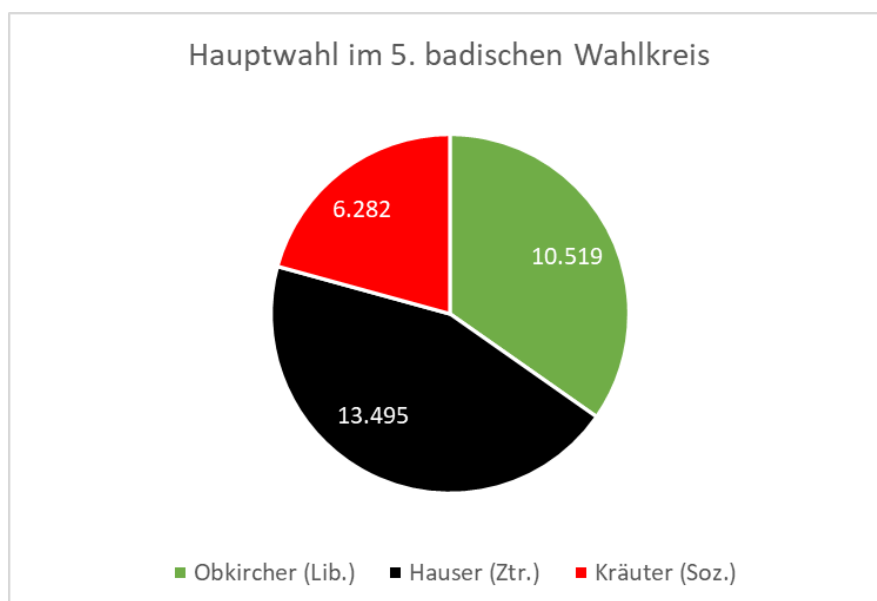


Abb.: Absolute Stimmen für die Kandidaten

(Datengrundlage: Freiburger Zeitung, 6.2.1907; eigene Darstellung)

²⁵ Am 26. Januar veröffentlichte die *Freiburger Zeitung* erste Ergebnisse aus der Hauptwahl, die im Folgenden genutzten Zahlen und Berechnungen beziehen sich jedoch auf die am 6. Februar 1907 ebenfalls in der *Freiburger Zeitung* veröffentlichten und leicht aktualisierten Ergebnisse.

Für die Stichwahl rief das Zentralkomitee der SPD in Baden zu „strengster Enthaltung“ auf (vgl. Sepaintner 1983: 167; Volksfreund, 30.1.1907). Ein Erfolg der Liberalen in Freiburg wurde daher unwahrscheinlich, wie die *Freiburger Zeitung* prognostizierte (vgl. 31.1.1907). Der *Volksfreund* veröffentlichte zuvor aber auch einen Aufruf, in dem zwar ausdrücklich von sozialdemokratischen Stimmen für die Nationalliberalen abgeraten wurde, jedoch nicht für das Zentrum. Die Unterstützung von anderen Kandidaten müsse individuell abgewogen werden, es dürften jedoch nur solche unterstützt werden, die Wahl- und Koalitionsrecht schützten und keine Ausnahme Gesetze zuließen (vgl. 28.1.1907).

Einen Wahlauf Ruf der *Breisgauer Zeitung* für Obkircher, in welchem besonders sozialdemokratische Wähler zur gemeinsamen Bekämpfung des „reaktionären“ Zentrums angesprochen wurden, wies der *Volksfreund* am 1. Februar 1907 scharf zurück:

Erst gehen die Nationalliberalen mit den Konservativen und Freikonservativen zusammen, um die Sozialdemokratie zu schwächen und zum Dank dafür soll diese dann den Nationalliberalen Stichwahlhilfe gewähren. [...] Und wie kann man in demselben Atemzug, wo man um die Stimmen der Konservativen bittet, sich als Kämpfer gegen die Reaktion anpreisen wollen?

In der Stichwahl erfüllte sich dann die Prognose der *Freiburger Zeitung*: Hauser gewann für das Zentrum mit 15.591 Stimmen gegen Obkircher, der 12.486 erzielte. Wie sich die SPD-Wähler verhielten, lässt sich anhand der Daten nur indirekt nachverfolgen, die folgenden Auswertungen sind daher teilweise spekulativ.

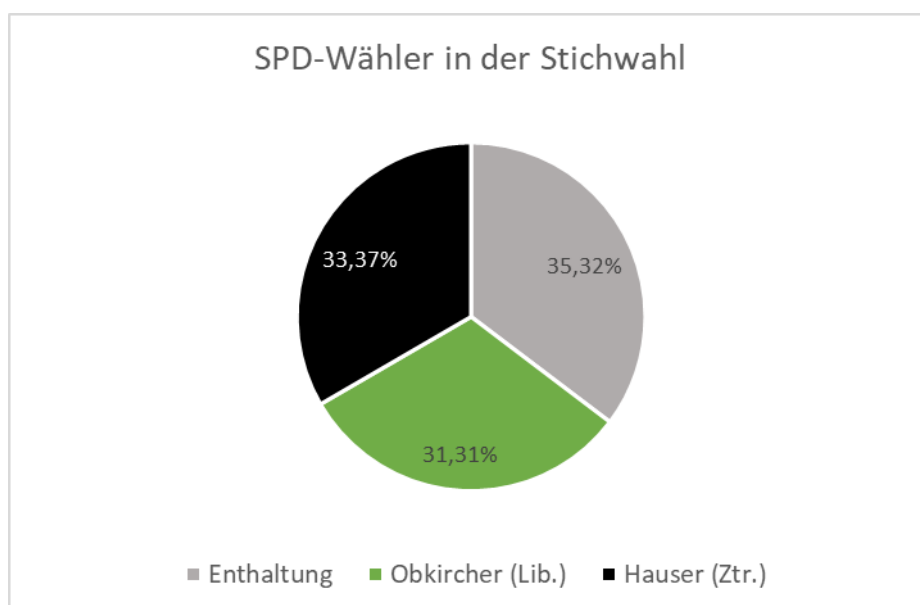


Abb.: Prozentuale Verteilung

(Datengrundlage: Freiburg Zeitung, 6.2.1907; eigene Darstellung)

Die Wahlbeteiligung sank in den Stichwahlen im Wahlkreis um 2.219 Stimmen, während beide Kandidaten in absoluten Zahlen Stimmen hinzugewannen: Hauser 2.096 und Obkircher 1.967. Davon ausgehend, dass liberale, Zentrums- und Nichtwähler aus der Hauptwahl ihr Wahlverhalten in der Stichwahl beibehielten, ergibt sich, dass sich die SPD-Wähler in der Stichwahl zu 35,32% enthielten, zu 31,31% Obkircher und zu 33,37% Hauser wählten. Es gab also eine fast gleichmäßige Dreiteilung und keine klare Präferenz.

Wie im 5. badischen Wahlkreis konnte das Zentrum auch seine sonstigen Mandate im Großherzogtum Baden verteidigen. Es gewann hier insgesamt 8 Mandate, davon 6 im ersten Wahlgang. Auch die SPD konnte ihre drei Mandate in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim verteidigen. Wie Schmid anmerkt, war der Wahlausgang in Baden daher wenig bemerkenswert (vgl. Schmid 1989: 22f.).

Anders war das Ergebnis auf Reichsebene: Dort konnte der „Bülow-Block“ seine Ziele zumindest teilweise erreichen, nämlich die kolonialkritische Mehrheit im Reichstag zu brechen. Mandatsverluste erlitt insbesondere die Sozialdemokratie, während das Zentrum seine Wahlkreise halten konnte, fünf Mandate hinzugewann und weiterhin die größte Fraktion blieb. Allerdings bildete das Wahlergebnis in exzessiver Weise nicht die absolute Stimmverteilung ab (siehe 6). So verringerte sich – insbesondere durch den Zusammenschluss und die Stichwahlabkommen der bürgerlich-konservativen Parteien – die Zahl der SPD-Mandate trotz 3,2 Millionen Stimmen von 81 auf 43, während die Konservativen zwar nur ungefähr eine Million Stimmen erhielten, dafür jedoch nun 60 Mandate (vgl. v. d. Heyden 2007).

Wie Sobich ausführt, waren damit die Sozialdemokraten zwar nicht die einzigen, aber eindeutig größten Verlierer des damaligen Wahlrechts und der ungleichen Wahlkreisgrößen. Denn obwohl sie die mit Abstand meisten Stimmen erhielten (1,1 Millionen mehr als das Zentrum und 1,5 Millionen mehr als die Nationalliberalen), wurden sie nur viertgrößte Fraktion im neuen Reichstag. Trotz der Tatsache, dass die Mehrheit der Wähler für Zentrum, SPD oder Minderheiten gestimmt hatte (vgl. Sobich 2006: 319ff.), gelang es der bürgerlichen Öffentlichkeit im Anschluss, „den Wahlausgang als Niederlage der Sozialdemokratie und Bestätigung der Weltpolitik darzustellen, auch wenn er dies der Sache nach keineswegs war“ (ebd. 322).

9. Fazit

Der Reichstagswahlkampf 1906/07 wurde in Freiburg von allen Parteien unter regelmäßiger Einbindung kolonialpolitischer Themen geführt. Gemeinsam war ihnen dabei eine grundsätzliche Befürwortung des Kolonialismus sowie eine Kritik insbesondere an den hohen Kosten

der bisherigen Kolonialpolitik. Davon ausgehend unterschieden sich die jeweiligen Argumentationen jedoch grundlegend voneinander.

Der liberale Block um den Kandidaten Rudolf Obkircher erklärte den Kolonialismus zu einer Aufgabe der „nationalen Ehre“ von großer Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Reiches. Das Zentrum habe aus eigennützligen Interessen den Nachtragsetat abgelehnt und dadurch in einer „nationalen Aufgabe“ versagt, deutsche Truppen im Stich gelassen und die Regierung zur Reichstagsauflösung gezwungen. In diesem Sinne wurde der liberale Wahlkampf auch dezidiert gegen das Zentrum und dessen „Nebenregierung“ geführt, verbunden mit dem Vorwurf des „Ultramontanismus“.

Dagegen verteidigte sich das Zentrum mit dem Verweis auf seine vorangegangene Unterstützung der Kolonialpolitik aus „nationalen“ und „religiösen“ Überzeugungen. Die geforderten Kürzungen und Auflagen im Nachtragsetat seien in Anbetracht sowohl der militärischen Lage in Deutsch-Südwestafrika als auch der Reichsverschuldung gerechtfertigt gewesen. Die Reichstagsauflösung sei nicht aufgrund des Nachtragsetats geschehen, sondern um einen „gefügigen“ Reichstag zu erhalten, der der Regierung alles bewillige. Die Zentrumsparterie hingegen sei eine Verteidigerin der parlamentarischen Rechte gegen absolutistische Bestrebungen, inklusive des Budgetrechts.

Nach Ansicht der Sozialdemokraten waren die Kolonien in ihrer damaligen Form schädlich für die deutsche Bevölkerung, da ihre hohen Kosten zu steuerlicher Mehrbelastung der Arbeiter führten. Daher lehnten sie jede Unterstützung der Kolonialpolitik ab und sprachen sich lediglich im Grundsatz für einen „kulturellen“ Kolonialismus aus. Auch räumten sie der Kolonialpolitik nur eine untergeordnete Rolle im Wahlkampf ein, zentraler seien Probleme wie der „Lebensmittelwucher“.

Das Wahlergebnis im 5. badischen Wahlkreis entsprach dem aus den Reichstagswahlen 1903. Dort hatte sich der Zentrumskandidat Ludwig Marbe in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen Richard Junghans durchgesetzt. Für die Sozialdemokraten war wie 1907 Ernst Kräuter angetreten und im ersten Wahldurchgang ausgeschieden (vgl. Freiburger Zeitung, 27.6.1903). Bei den Reichstagswahlen 1912 gelang es jedoch Prof. Gerhart von Schulze-Gaevernitz, Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei und Kandidat des Liberalen Blocks, die Stichwahl gegen den erneut antretenden Zentrumskandidaten Carl Hauser zu gewinnen. Zuvor waren bereits der Sozialdemokrat Wilhelm Engler sowie Albert Schinzinger von der Reichsparteilichen Vereinigung ausgeschieden (vgl. Freiburger Zeitung, 22.1.1912).

Die Befunde müssen aufgrund der ungleich ausgeprägten Presselandschaft im damaligen Freiburg quellenkritisch betrachtet werden. Während liberale Strömungen durch die lokal dominante Freiburger Zeitung sowie konservative Strömungen durch die kleinere *Breisgauer Zeitung* sehr präsent waren, gab es keine sozialistische Tageszeitung (siehe Kap. 4). So wäre zu fragen, ob es innerhalb der örtlichen Sozialdemokratie Richtungskämpfe in Bezug auf die Haltung zum Kolonialismus oder zur Stichwahl gab. In dieser Arbeit wurde hauptsächlich die koloniale Haltung der Parteien untersucht. Ein umfassenderes Bild könnte sich durch eine ausführlichere Betrachtung der (kolonialen) Berichterstattung der lokalen Medien während des Wahlkampfes ergeben, z.B. durch eine Untersuchung der allgemeinen kolonialen Berichterstattung. Dies hätte jedoch den Rahmen dieser Ausarbeitung gesprengt.

Quellen

Zeitungen:

- Badischer Beobachter. Verfügbar unter:
<https://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/zeitungen/periodical/titleinfo/2411045> [28.4.2022]
- Breisgauer Zeitung. Verfügbar unter:
https://dl.ub.uni-freiburg.de/diglit/breisgauer_zeitung [Zugriff 28.4.2022]
- Freiburger Bote. Bis 1862 verfügbar unter: http://dl.ub.uni-freiburg.de/diglit/fr_bote_ga [7.5.2022]
- Freiburger Zeitung. Verfügbar unter:
<https://www.ub.uni-freiburg.de/recherche/digitale-bibliothek/freiburger-historische-be-staende/freiburger-zeitung/> [28.4.2022]
- Volksfreund. Verfügbar unter:
<https://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/periodical/titleinfo/3614475> [28.4.2022]

Staatsarchiv Freiburg (StAF)

- Maßregeln gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie und deren Vollzug im Amtsbezirk Lahr / 1886-1906; B 717/2 Nr. 6639
- Vertrauliche Erhebungen der Gendarmerie über Wahlveranstaltungen, Verbreitung von Flugschriften etc. im Zusammenhang mit Wahlen zum Reichstag / 1878-1907; B 698/5 Nr. 188
- Ultramontane Umtriebe im Amtsbezirk Waldshut; Agitation von Geistlichen vor Reichstags- und Landtagswahlen / 1883-1907; B 750/14 Nr. 855
- Kaiserreich: Parteien (1871-1918) / 1897-1907; W 100/1 Nr. 145

Stadtarchiv Freiburg (StadtAF):

- Freiburger Flugblatt, vor allem gegen das Zentrum gerichtet; M31/1b Nr. 6. Teilweise verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Dokumente-1907-Nr-06.htm> [28.4.2022]
- Wahre und falsche Kolonialpolitik; M31/1b Nr. 9. Verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Dokumente-1907-Nr-09.htm> [28.4.2022]
- Flugschrift des Reichstagsabgeordneten Konstantin Fehrenbach (1852-1926) von der Deutschen Zentrumspartei, M31/1b Nr. 12. Verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/literatur.htm> [2.5.2022]
- In Freiburg verteiltes Flugblatt der Vereinigten Liberalen; M31/1b Nr. 13. Verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Dokumente-1907-Nr-13.htm> [28.4.2022]

- In Freiburg verteiltes Flugblatt des sozialdemokratischen Wahlkomitees zur Unterstützung des Kandidaten Ernst Kräuter; M31/1b Nr. 15. Verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Dokumente-1907-Nr-15.htm> [28.4.2022]
- In Freiburg verteiltes Flugblatt des Wahlkomitees der Zentrumspartei im V. Badischen Reichstagswahlkreis; M31/1b Nr. 19. Verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Dokumente-1907-Nr-19.htm> [28.4.2022]
- In Freiburg verteiltes Flugblatt des Wahlkomitees der Zentrumspartei im V. Badischen Reichstagswahlkreis zur Stichwahl; M31/1b Nr. 21. Verfügbar unter:
<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Dokumente-1907-Nr-21.htm> [28.4.2022]

Weiterführende Literatur, transkribierte Zeitungsartikel sowie Flugblätter bzw. -schriften aus dem Stadtarchiv Freiburg mit Bezug zu den Reichstagswahlen 1907 sind verfügbar unter:

<https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/literatur.htm> [7.5.2022]

Literatur

- Ericksen, Casper W. (2003): Zwangsarbeit im Konzentrationslager auf der Haifischinsel. In: Zimmerer / Zeller, S. 80-85
- Grebing, Helga (1961): Fehrenbach, Konstantin. In: Neue Deutsche Biographie 5 [Online-Version]. Verfügbar unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118686402.html#ndbcontent> [28.4.2022]
- Grewe, Bernd-Stefan / Himmelsbach, Markus / Theisen, Johannes / Wegmann, Heiko (2018): Freiburg und der Kolonialismus. Vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus. Freiburg i. Br.: Stadtarchiv Freiburg im Breisgau
- Haumann, Heiko / Schadek, Hans (Hrsg.) (2001²): Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Stuttgart: Theiss
- Schmid, Christoph (1989): Die Reichstagswahlen des Jahres 1907 in der Ortenau. In: Die Ortenau: Zeitschrift des Historischen Vereins für Mittelbaden, 69. Jg., S. 212–222
- Schröder, Wilhelm (o.J.): Ernst Kräuter. In: Datenbank Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918 (BIOKAND). Verfügbar unter: <http://volkparl.de/datenbanken/biokand/biokand-db/?id=111260> [2.5.2022]
- Sepaintner, Fred Ludwig (1983): Die Reichstagswahlen im Grossherzogtum Baden: Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im Kaiserreich. Zugl.: Mannheim, Univ., Diss., 1981. Frankfurt/Main, Bern: Lang
- Sepaintner, Fred Ludwig (2013): Baden-Württembergische Biographien 5. S. 121-124. Online bei: LEO-BW: Grumbach, Robert. Verfügbar unter: https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/134170539/Grumbach+Robert [7.5.2022]
- Sobich, Frank O. (2006): „Schwarze Bestien, rote Gefahr“. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich. Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2006. Frankfurt/Main: Campus-Verlag
- van der Heyden, Ulrich (2007): Kolonialkrieg und deutsche Innenpolitik - Die Reichstagswahlen von 1907, Verfügbar unter: <https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Heyden-Reichstagswahlen1907.htm> [2.5.2022]
- Theisen, Johannes (2018a): Das Arbeitermilieu und der Kolonialismus. In: Grewe / Himmelsbach / Theisen / Wegmann, S. 107-118.
- Theisen, Johannes (2018b): Das katholische Milieu und der Kolonialismus. In: Grewe / Himmelsbach / Theisen / Wegmann, S. 81-105

Wegmann, Heiko (2017): Prof. Ernst Fabricius - Berühmter Limes-Forscher, Deutschtumsfunktionär und Kolonialapologet, Verfügbar unter: <https://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Fabricius-Ernst.htm> [28.4.2022]

Wegmann, Heiko (2018): Das bürgerlich-nationale Milieu und der Kolonialismus. In: Grewe / Himmelsbach / Theisen / Wegmann, S. 25-80

Zeller, Joachim (2003): „Ombepera i koza – Die Kälte tötet mich“. Zur Geschichte des Konzentrationslagers in Swakopmund (1904-1908). In: Zimmerer / Zeller, S. 64-79

Zimmerer, Jürgen (2003): Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika. Der erste deutsche Genozid. In: Zimmerer / Zeller, S. 45-63

Zimmerer, Jürgen / Zeller, Joachim (Hrsg.) (2003): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin: Ch. Links Verlag